

Kranke, Symptomträger, Simulanten, Tachinierer und Gemeindebedienstete

Wien (OTS) - Vergangene Woche durfte ich eine Auszeit von der österreichischen Suderei nehmen. Während bei den Lindauer Psychotherapiewochen sachkundig über die diversen Hintergründe von Burnout diskutiert wurde, gab es hierzulande eine Kraut-und-Rüben-Diskussion zum Thema Krankenstände. In leider allzu bekannter Art und Weise wurde aufbauend auf ungenauen Datengrundlagen Klassenkampf betrieben, es wurden Simulanten- und Tachiniererheere beschrieben - und angebliche Gemeindebedienstetenprivilegien kritisiert.

Es ist wahrlich frustrierend, wenn ein so wichtiges Thema wie Krankenstände unentwegt durch ideologisch geprägte Generalisierungen so beschädigt wird, dass mögliche Gegenmaßnahmen durch Vernebelungsargumente behindert werden. Manche Wirtschaftsvertreter sehen überall Missbrauch durch tachinierende oder simulierende Arbeitnehmer und verlangen allgemeine Abschreckmaßnahmen - wie z.B. den ersten Tag des Krankenstandes nicht zu bezahlen. Die "Klassengegner" auf der Arbeitnehmerseite sehen andererseits überall nur neoliberal orientierte Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten ausbeuten und durch den ihnen zugemuteten Stress in Krankheiten treiben. Anscheinend entfernen sich die Spitzenrepräsentanten der Klassenkampforganisationen von den konkreten Mühen der Ebene und vergessen, wie vielgestaltig die Realität aussieht - oder sie sind vielleicht auch nur an der Wiederwahl interessiert und gefallen sich in der Rolle der Klassenkämpfer.

Ohne Zweifel gibt es Missbrauch: So existieren etwa "Dumpfbacken", die alle rundherum für blöd halten und Unlustgefühle als adäquate Grundlage für eine Krankmeldung ansehen. Andererseits kommen auch Revanche-Krankenstände vor, wenn Arbeitgeber oder Vorgesetzte Mitarbeiter schikanieren oder Leistung nicht anerkennen. Innerlich Gekündigte haben definitionsgemäß eine geringere Motivation und nehmen schon bei kleineren Anlässen Krankenstände in Anspruch - ursächlich für die Innere Kündigung sind allerdings in vielen Fällen Faktoren wie demotivierende Aufgaben, sozial inkompetente Führungskräfte oder schlechtes Betriebsklima. Weitgehend tabuisiert werden die sogenannten "schwierigen Menschen", die sich aufgrund ihrer ausgeprägten Persönlichkeitsstile am Arbeitsplatz als Führungskräfte oder Arbeitnehmer in chronische Konflikte verstricken und dabei an den selbst mitverursachten "Reibereien" oft über lange Zeiten Stress erleiden.

Der weit überwiegende Anteil der Krankenstände ist aber durch Krankheiten verursacht - und dabei spielen in den letzten Jahren zunehmend psychische Erkrankungen eine große Rolle. Die "Schuld" an psychischen Erkrankungen lässt sich nun aber wiederum nicht einseitig der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmersphäre zurechnen. Klar ist, dass es genetisch bedingte Dispositionen für psychische Erkrankungen gibt, bei denen normale Stressoren des Lebens für die Entstehung einer Erkrankung ausreichen. Daneben gibt es aber auch kumulative Traumatisierungen, die durch immer wieder kehrende Kränkungen am Arbeitsplatz entstehen. Und natürlich können auch Stressoren wie schlechte Arbeitsorganisation, Arbeit mit leidenden Menschen, belastende Einsatz Tätigkeiten usw. psychische Erkrankungen auslösen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich Probleme in sozialen Systemen oftmals an Symptomträgern zeigen - die eigentlichen Ursachen liegen dabei nicht überwiegend beim den Betroffenen, sie zeigen sich nur dort zuerst. Und wenn man den Symptomträger entfernt, wächst der nächste aufgrund der ungelösten Ursachen wieder in diese Rolle hinein.

Fasst man die Studienergebnisse zu Themen wie Burnout, Innere Kündigung, Mobbing, Suchtkrankheiten, Persönlichkeitsstörungen, Depressionen, Angststörungen und über den Verbrauch von Psychopharmaka zusammen, dann weiß man, dass wir es mit weit verbreiteten Problemen auf unseren Arbeitsplätzen zu tun haben. Wichtig ist hier die Feststellung, dass viele der Probleme nicht auf pathologische Charaktere oder Störungen zurückzuführen sind, sondern im Bereich der Normalität liegen, zu der eben auch vielfältigste Abweichungen gehören.

Es sollte eigentlich klar sein, dass hier politische Motivationsappelle in Richtung Leistung oder Ehrlichkeit nicht einmal an die Wirkung von Regenmacherritualen heranreichen. Um wirklich etwas an den Krankenstandszahlen zu ändern, bräuchten wir geeignete Analyse-, Behandlungs- und Interventionsstrukturen. Solange aber Jobcoaching, Mediation, Psychotherapie, Supervision und Arbeitspsychologie vielfach als Psychokram abgetan wird, kann man keine nachhaltigen Verbesserungen erwarten. Und auch hier ist die Ablehnung keine Angelegenheit nur einer Seite. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer haben Ängste, Vorurteile und Widerstände gegen professionelle Interventionen. Hier muss der Gesetzgeber seiner Verantwortung nachkommen und notwendige Konkretisierungen der Fürsorgepflichten des Dienstgebers festschreiben. Dazu gehören

selbstverständlich auch Mitwirkungspflichten der Arbeitnehmer, die nicht einfach die Verantwortung für Problemlösungen an "die da oben" delegieren dürfen.

Wofür aber die Politik auch noch zuständig ist, das ist die Finanzierung von adäquaten Studien zum Thema Krankenstände. Seit mehreren Jahren gibt es dazu Untersuchungen und Statistiken von WIFO und Statistik Austria, die aber methodische Schwächen und sehr eingeschränkte Datengrundlagen aufweisen. Fairerweise verweisen die Autorinnen und Autoren dieser Studien auf solche Einschränkungen - was aber Politiker und Journalisten nicht hindert, die ungenauen Zahlen für ihre Zwecke zu missbrauchen und beispielsweise die Wiener Gemeindebediensteten anhand dieser problematischen Vergleiche zu kritisieren. Die durch Ressourcenmängel definierten Ziele dieser Studien müssen sich darauf beschränken, auf den Umfang des grundsätzlichen Problems aufmerksam zu machen, Veränderungen über die Zeit zu beobachten und Fragen für weitere Forschungen herauszuarbeiten.

Dass wir eine politische Herausforderung vor uns haben, ist also evident. Politiker sollten sich für die Bereitstellung der Mittel einsetzen, die für eine tiefgründige Aufklärung der konkreten Leidensursachen und Kostentreiber notwendig sind und entsprechende Infrastrukturen aufbauen, um nachhaltig Leid und Kosten zu senken. Das plumpe und polemische Produzieren von Schlagzeilen mit Halbwahrheiten ist zum Kotzen, weil es Feindbilder schafft und niemandem hilft. Wenn es im Einzelfall offenkundige Missbrauchfälle gibt, so muss man diese sanktionieren und die ermöglichenden Hintergründe hinterfragen. Was aber z.B. Michael Pommer in der Kronen Zeitung am 25. und 29. April und Franz Schellhorn in der Presse vom 29. April an unseriösen und zynischen Beiträgen der Öffentlichkeit zumuten, ist nur schwer zu ertragen. Dass es auch seriöser geht, konnte man erfreulicherweise bei Hanna Simons in der Ausgabe 17/12 der Zeitschrift News lesen.

Abschließend muss ich leider festhalten, dass immer wieder Mitglieder der ÖVP - also "meiner" Partei - Führungsrollen beim Verbreiten von Kraut-und-Rüben-Diskussionen zum Thema Krankenstände einnehmen. Eine Partei die mit Wirtschaftskompetenz punkten will, sollte echte Kompetenz zeigen und nicht klassenkämpferische Suderei betreiben. Anzuerkennen ist dabei aber auch, dass die neue Wiener ÖAAB-Vorsitzende Gabriele Tamandl mit dem Thema der schärferen Verfolgung von "schwarzen Schafen" einen richtigen Punkt angesprochen

hat. Zu hoffen ist, dass sie sich auch bei den weiteren wichtigen Aspekten des Problems der viel zu vielen Krankenstände differenziert und sachkundig weiter einbringt.

Rückfragehinweis:

~

Kurt Obermülner, MAS (Mediation)
Vorsitzender
Fraktion Christlicher Gewerkschafter
in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten,
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe - Wien
1090 Wien, Maria Theresien Strasse 11
Homepage: www.fcg-gdg-kmsfb.at
Tel.: (01) 31316-83682
Handy: 06767068511

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13167/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0106 2012-05-02/11:18

021118 Mai 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120502_OTS0106